



Streng vertraulich.

den 7. November 1939.

Herr Minister,

In meinem letzten Bericht vom 27. v. Mts. berührte ich auch die Judenfrage in Oesterreich. Heute möchte ich Ihnen hierüber noch folgende Einzelheiten melden, die mir bekannt geworden sind:

Wie ich höre, geht dieser Tage der dritte Transport von Juden nach Polen aus Wien ab. Ein Transport soll ca. 1000 Personen enthalten. Die Zusammenstellung erfolgt von der Kultusgemeinde im Auftrag der Gestapo. Obwohl die Gestapo selbst die Möglichkeit der Zusammenstellung hätte, gibt sie der Kultusgemeinde nur die Zahl der benötigten Personen an, und zwar ganz kurz vor Abgang des Transportes, und überlässt der Kultusgemeinde die Auswahl der Personen, die natürlich im Hinblick auf die Suisseat kurz bemessene Frist nur ganz überstürzt erfolgen kann. Man glaubt, dass dies aus dem Grunde geschehe, um einerseits bei den Juden Misstimmung gegen die Kultusgemeinde hervorzurufen, andererseits aber auch, um gegenüber dem Ausland darauf hinweisen zu können, dass man ja bei dieser Umsiedlung der Judenschaft Einflussnahme gewähre und für allfällige Härten die Kultusgemeinde verantwortlich sei. Die Kultusgemeinde ist sich dieser Absicht vollkommen klar, dass

Herrn Minister Dr. H. Fröhlich,
Schweizerischer Gesandter,
Berlin.



- 2 -

aber den strengen Anordnungen der Gestapo widerspruchslos nachleben. Dabei herrscht bei den mit der Durchführung betrauten Beamten der Kulturgemeinde vollkommene Unklarheit darüber, ob die zur Abreise nach Polen aufzufordernden Personen auch Frauen und Kinder mitnehmen dürfen. Genaue diesbezügliche Weisungen seien nicht zu erhalten. Das Alter der zur Abreise zu bestimmenden Personen bewegt sich im Rahmen von 16 bis 55 Jahren.

Es scheint, dass die deutschen Behörden den Eindruck erwecken wollen, als handle es sich hier um eine Umsiedlung, wie sie mit deutschen Volksgenossen aus dem Baltikum und Südtirol jetzt ebenfalls durchgeführt wird. In Wirklichkeit ist das Los dieser Juden wesentlich schlechter. Vorläufig werden sie zu Aufräumarbeiten in Polen verwendet. Eine Zahlung sollen sie hierfür nicht erhalten, sondern lediglich das Essen. Was dann weiter mit ihnen geschehen soll, ist nicht bekannt. Ueber die Umsiedlungen von Volksdeutschen spricht man übrigens, dass sie neben der Stärkung des Deutschtums in Polen in erster Linie dazu dienen sollen, dem Deutschen Reich Auslandsguthaben für die Bezahlung von Lieferungen aus den Ländern, aus welchen die deutschen Staatsangehörigen ausgesiedelt werden, zu beschaffen.

Von weiteren Beobachtungen, die ich machen konnte, bzw. von Nachrichten, die mir zugekommen sind, wären folgende zu erwähnen:

- 3 -

Am 20. Oktober entnahm man der Tagespresse, dass der berühmte Chirurg Prof. Eiselsberg durch einen tragischen Unfall ums Leben gekommen sei. Welcher Art der Unfall war, darüber erfuhr man nichts. Bald jedoch sickerte es durch, dass Prof. Eiselsberg mit noch 16 Personen einem Eisenbahnunglück, das sich in der Gegend von St. Valentin bei Amstetten (Niederdonau) ereignet hatte, zum Opfer gefallen ist. Infolge Fehlens irgendeiner amtlichen Verlautbarung zirkulierte bereits nach einigen Tagen das Gerücht, dass es sich bei dieser Katastrophe um einen Sabotageakt gehandelt habe. Erst am 3. November wurde von dem Unglücksfall in der Presse Kenntnis gegeben, der nach der amtlichen Darstellung auf das Überfahren eines Signales zurückzuführen ist. Hartnäckig hält sich auch das Gerücht über ein Eisenbahnunglück in der Nähe von Innsbruck, das ebenfalls zahlreiche Opfer gefordert habe und einem Sabotageakt zuzuschreiben sei.

Ein Gewährsmann berichtet mir, es habe anlässlich einer kürzlich im hiesigen Lehrerinnenheim stattgefundenen Luftschutzübung der Übungsleiter den in Luftschutzkeller Versammelten erklärt, dass man die neuerdings verschärften Verdunkelungsmaßnahmen einer neutralen Macht (gemeint sei die Schweiz gewesen) verdanke, die es zugelassen habe, dass feindliche Flugzeuge bis Salzburg vorgestossen seien, um dort Flugblätter abzuwerfen.

Angeblich hatte sich in der vergangenen

- 4 -

Woche die Direktion des Kaufhauses Hermannsky, eines der größten Wiener Warenhäuser, im Hinblick auf die geschäftliche Stagnation masserstände erklärt, die falligen Steuern bezahlen zu können. Die Behörden hätten ihr daraufhin gestattet, während zwei oder drei Tagen die Warenbestände bezugscheinfrei abzugeben. Als die zur Zahlung der Steuern nötigen Einnahmen erzielt waren, sei der Verkauf wieder gestoppt worden. Von verschiedenen Seiten höre ich, dass sich die Geschäftsleute über die vielseitigen Zwangsmassnahmen beklagen, da die Geschäftstätigkeit immer mehr ins Stocken gerate, andererseits aber hohe Steuern, Betriebskosten etc. gleichwohl beglichen werden müssen.

In den landwirtschaftlichen Grossbetrieben machen sich nach Aussagen von Eigentümern solcher Betriebe in der Arbeiterschaft mehr und mehr kommunistische Tendenzen bemerkbar.

Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich, dass der frühere Bundeskanzler Dr. Schuschnigg sich immer noch im Gebäude der Gestapo (ehemaliges Hotel Metropol) und zwar in einem Dachzimmer mit einem kleinen Fenster, das seinerzeit vom Hotelpersonal benützt wurde, befindet. Vor der Türe ist ständig eine Wache postiert. Seit letztem Mai komme er nicht mehr an die Luft. Frau Schuschnigg darf ihn jeden Freitag morgens auf zehn Minuten besuchen. Der Zustand des Bundeskanzlers verschlimmere sich von Tag zu Tag. Er lese nicht

- 5 -

mehr, rauche sehr viel und weine während des Besuches. Er könne die deutschen Radiosendungen anhören.

Die hiesigen Zeitungen, namentlich der "Völkische Beobachter" vom Sonntag, den 5. d.Mts., bringen in grosser Aufmachung an erster Stelle unter dem Titel "Britische Gangstermoral verhöhnt das Völkerrecht" Anklagen wegen Missachtung jedes Völkerrechts und wegen brutaler Gewalttätigkeiten gegen England vor. Man hält sich namentlich über willkürliche Verhaftungen und Einkerkierungen von deutschen Staatsangehörigen, vor allem von deutschen Konsulatsbeamten und -angestellten auf. In diesem Zusammenhang mag es Sie interessieren, dass das Personal des hiesigen britischen Generalkonsulats und einiger britischer Konsulate (zusammen ca. 12 Personen) bereits gleich bei Kriegsausbruch in das Hotel Bristol in Wien gebracht wurde, wo es unter Bewachung von zwei Kriminalbeamten über vierzehn Tage auf Kosten der hiesigen Behörden verbleiben musste. Angeblich sind sie alsdann nach einem Bad in der Pfalz überführt worden. Ob sie sich noch dort befinden, entzieht sich meiner Kenntnis. Mein polnischer Kollege blieb auch bis gegen Ende des polnischen Feldzuges in seiner Wohnung interniert. Auch der ägyptische Generalkonsul wurde seinerzeit in das Hotel Bristol gebracht, wo er sich aber nur einen Tag aufhielt, dann aber die Bewilligung zur Abreise erhielt. Der französische Generalkonsul und sein Personal machten

- 6 -

kurz vor der französisch-englischen Kriegserklärung einen ersten Versuch, über die Grenze nach Budapest zu gelangen. Sie wurden aber von deutschen Grenzorganen zurückgewiesen gestützt auf vorliegende Instruktionen. Nach Wien zurückgekehrt, ist mein französischer Kollege durch Vermittlung seines Botschafters in Berlin vorstellig geworden und hat hierauf die Ausreiseerlaubnis erhalten.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(sig.) W.v. Burg

P.S. Vor Ausbruch des Krieges wurde durch intensive Werbeaktionen die Wiener Bevölkerung zur Anschaffung von Volksgasmasken veranlasst. Soeben ist nun ein Erlass des Reichskommissars Generalleutner Bärkel erschienen, durch welchen die Besitzer solcher Gasmasken aufgefordert werden, diese unverzüglich abzuliefern. Von einer Entschädigung ist im Erlass nicht die Rede. Begründet wird diese Massnahme wie folgt:

"Nachdem der Feind im Osten niedergelämpft ist, sind Gasmasken in der Stadt Wien zunächst nicht mehr unbedingt nötig. Wer eine Volksgasmaske besitzt, hat sie zu Gunsten der deutschen Volksgenossen in mehr gefährdeten Gebieten des Reiches, die noch nicht ausserhalb jeder Gefahr sind, abzugeben ..."

A. v. B.

SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
IN DEUTSCHLAND

BERLIN NW 40
FÜRST-BISMARCK-STRASSE 4

III 21/74 f - I/AZ

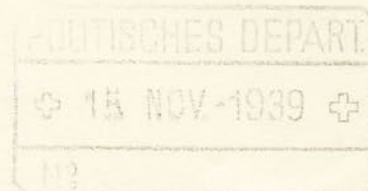
den 13. November 1939

Vertraulich

M. Faldacher

15/11/39

Tg/Wf
enk



Herr Minister,

Ich beehre mich, Ihnen in der Beilage zwei Durchschläge eines vertraulichen Berichts unseres Generalkonsulats in Wien vom 7. dieses Monats zur Kenntnisnahme zuzustellen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Deutschland:

2 Beilagen.

Friede

An die Abteilung für Auswärtiges,
B e r n .